

suchsstrecke zurückgelegt. Im Gegensatz zum Transrapid, dessen Höchstgeschwindigkeit 430 Stundenkilometer betragen soll, wird das chinesische Produkt nur 150 km/h erreichen. Dafür besteht es schon jetzt zu 98% aus lokalen Komponenten. Geldgeber sind die Beijing Enterprise Holding und die Beijing Badaling Tourism Co. Letztere ist benannt nach jenem bei Reisegruppen beliebten Abschnitt der Großen Mauer, der 70 Kilometer nordwestlich des Zentrums der chinesischen Hauptstadt liegt. Bislang werden Touristen mit Bussen zum Ausflugsziel befördert, doch eine 2,3 Mrd. US\$ teure Magnetbahnstrecke ist geplant. Bevor das einheimische Unternehmen den Zuschlag erhielt, hatte sich das Transrapid-Konsortium Chancen für den Auftrag ausgerechnet. (FAZ, 20.4.02; HB, 16.5.02; NfA, 21.5.02)

CHINESISCHES UNTERNEHMEN ERHÄLT ZUSCHLAG IN HONGKONG

Auch bei einer Ausschreibung für die Hongkonger U-Bahn lagen einheimische Produzenten vorn. Ein Auftrag für die Traktionskontrolle der Tsuen Wan U-Bahn-Linie im Wert von 70 Mio. Yuan ging an das Unternehmen China Zuzhou Time Group, die damit den Vorzug vor den japanischen Konzernen Toshiba und Mitsubishi erhielt. In vier weiteren Städten, darunter Beijing und Nanjing, hatte das Unternehmen im April Aufträge im Gesamtwert von 1 Mrd. Yuan erhalten.

Der chinesische Staat ist entschlossen, mit seinen Infrastrukturprojekten die einheimischen Unternehmen zu fördern. Langfristig wird beim Ausbau des Schienenverkehrs angestrebt, mindestens 70% der Ausrüstung im Inland herzustellen. (XNA, 22.5.02)

HINTERGRUND: BIS ZUM JAHR 2005 ÜBER 40 MRD. US\$ FÜR DIE SCHIENE

Im 10. Fünfjahresplan ist der Bau von 7.000 Schienenkilometern vorgesehen. Von 2001 bis 2005 soll das Schienennetz auf insgesamt 75.000 Kilometer ausgebaut werden; hierfür werden 270 Mrd. Yuan veranschlagt. Weitere 80 Mrd. Yuan sollen für Waggons und Triebwagen ausgegeben werden. Daraus ergeben sich Gesamtinvestitionen von 350 Mrd. Yuan oder 42 Mrd. US\$.

Ein Schwerpunkt der seit einiger Zeit in den Medien ventilierten Planungen liegt auf der Entwicklung des öffentlichen Schienenverkehrs in Metropolen. Städte mit mehr als einer Million Einwohnern, von denen es in China nicht weniger als 40 gibt, werden von der Zentrale zum Bau von Untergrundbahnen ermutigt. Im vergangenen Jahr wurde bereits der Bau einer dritten Linie von 38 Kilometern Länge in Guangzhou von der Planungskommission des Staatsrats genehmigt, ebenso der Ausbau der ersten U-Bahn-Linie in Tianjin. Schon im Jahr 2000 wurden U-Bahn-Projekte für Shenzhen und Nanjing sowie sechs weitere Städten bewilligt. Vorhandene Untergrund- und Bahnnetze in Beijing, Shanghai, Guangzhou, Tianjin und Hongkong haben eine Gesamtlänge von 193 Schienenkilometern. Bis 2005 sollen in urbanen Gebieten angeblich über 400 weitere Streckenkilometer entstehen, und zwar durch Investitionen von 16,8 Mrd. US\$. (CD, 27.9.01, 15.8.01; XNA, 15.6.01)

Dass Bedarf an einer modernen Verkehrsinfrastruktur besteht, ist unstrittig. In Beijing etwa bewältigen die zwei Strecken der U-Bahn nur 15% des Passagieraufkommens – in Tokyo sind es 87%, in London und New York 60%. Die Kosten für den Bau von U-Bahnen sind jedoch immens und sie amortisieren sich nur langsam. Laut Li Xiaojiang von der Chinesischen Akademie für Stadtplanung und Design liegen die durchschnittlichen Kosten pro Kilometer bei 83,4 Mio. US\$. Staatliche Stellen fordern, die Kosten auf 54,2 Mio. US\$ pro Kilometer zu senken. (CD, 4.7.01) Wenigstens den Preisvergleich mit U-Bahnen braucht der deutsche Transrapid also nicht zu scheuen. -bö-

des Telekommunikationsbereichs vor ihrem Abschluss.

Bereits vor zwei Jahren wurde mit Gründung des Unternehmens China Mobile der Mobilfunkbereich ausgliedert; es entstand das heute mit 37,5% Marktanteil größte Unternehmen des Sektors. Auf Platz zwei folgt die neue China Telecom mit etwa 34% Marktanteil. Für Wettbewerb im Festnetz soll nun die China Netcom Communication Group sorgen. Sie bekommt dazu rd. 200.000 Beschäftigte und 17,5% Marktanteil als Startbedingungen. In die Gruppe eingegliedert wird der Netzdienstleister China Netcom, dessen Gründungschef Edward Tian Vizepräsident der neuen Gruppe wird. Xi Guohua soll die Netcom Group führen, die ebenfalls das Unternehmen Jitong Communications umfasst.

Während der geographische Schwerpunkt der Netcom im Norden liegt, behält die neue China Telecom neben dem bekannten Namen die Netzinfrastruktur im Süden und im Westen. Mit zwei Dritteln des Anlagevermögens, das sind rund 84 Mrd. Euro, und einem Stamm von 120 Millionen Kunden ist sie eindeutig das Schwerk Gewicht im Festnetzbereich.

In China gibt es heute 190 Mio. feste Telefonanschlüsse. Gegen den globalen Branchentrend prognostiziert das Marktforschungsunternehmen Gartner für China ein Wachstum der Einnahmen im Festnetz um 8% von 2001 bis 2006 auf dann 27 Mrd. US\$. Noch schneller wächst mit 75% pro Jahr der Mobilfunk; derzeit gibt es dort gut 150 Mio. Kunden. Es gilt als sicher, dass die beiden neuen Unternehmen sich um Lizenzen für Mobilfunknetze bewerben und diese in den nächsten 18 Monaten auch erhalten werden. Hier würden sie zu zwei bereits etablierten Unternehmen in Wettbewerb treten: Der China Mobile mit über 100 Mio. Kunden, davon 74,59 Mio. Kunden bei der börsennotierten Tochter China Mobile Hong Kong, und der China Unicom mit gut 30 Mio. Kunden am Ende es ersten Quartals diesen Jahres.

Zunächst wird jedoch erwartet, das China Telecom und China Netcom bei den Ferngesprächen und den Datendiensten konkurrieren. Ungeklärt bleibt trotz der Reformpläne, wie die

Binnenwirtschaft

23 Grundlegende Neuordnung des Telekom-Sektors

China Telecom, der ehemalige Staatsmonopolist im Festnetz, wird in ein nördliches und ein südliches Unternehmen aufgespalten. Damit steht die 1998 begonnene grundlegende Reform

Zusammenschaltung der Netze geregelt werden soll. Außerdem besteht das Problem des so genannten „letzten Kilometers“ zum Endkunden, welches sich in anderen Ländern als ernstes Hindernis für den Wettbewerb erwiesen hat. (AWSJ, 15.5.02; SCMP, 17.5.02; XNA, 18.5.02; NfA, 24.5.02; HB, 31.5.02)

Die Aufspaltung des Festnetzes der China Telecom in einen nördlichen und einen südlichen Teil mit deutlichem Übergewicht bei einem der Nachfolgeunternehmen dürfte den Beifall derjenigen chinesischen Ökonomen finden, die auf den weltweiten Trend zur Konzentration verweisen und betonen, die entstehenden chinesischen Telekommunikationsunternehmen müssten global konkurrenzfähig sein. Zu dieser Gruppe gehört Han Deqiang von der Raum- und Luftfahrtuniversität Beijing. In der Diskussion, die seit über einem Jahr anhält, war er gegen eine Aufspaltung der China Telecom und für eine Fusion kleinerer Unternehmen wie Jitong und Netcom eingetreten; seine Vorstellungen sind durch die Umstrukturierung zumindest teilweise verwirklicht. Dagegen hatte Kan Kaili von der Beijinger Universität für Post und Telekommunikation seinerzeit für eine Aufspaltung der China Telecom und für eine Stärkung der Konkurrenz auch auf dem letzten Kilometer argumentiert. Von der nun erfolgten Art der Aufteilung zeigte sich Kan enttäuscht und bezweifelte, dass auf diese Weise das Monopol der China Telecom beendet werden könne. (RMRB, 21.5.01; SCMP, 20.5.02)

Tabelle 1: Netzbetreiber in China

	Kunden (Mio.)
<i>Festnetz¹</i>	
China Telecom	120
China Netcom	70
<i>Mobilfunk²</i>	
China Mobile Comm. Co. (GSM)	>100
– davon China Mobile Hong Kong	74,59
ChinaUnicom (GSM)	30,22
ChinaUnicom (CDMA)	0,57

¹ Nach der Aufteilung von China Telecom.

² Ende des 1. Quartals 2002; Gesamtkunden China Mobile Comm. Co.: Schätzung. Quelle: Übersicht zum Telekom-Sektor; China Mobile; China Unicom.

NETZBETREIBER UND AUSTRÜSTER DRÄNGEN AN DIE BÖRSEN

Zu einer Zeit, da die Aktienkurse westlicher Telekom-Konzerne historische Tiefstände erreichen, planen die beiden neuen chinesischen Unternehmen den Gang an die Börsen in Hongkong und New York. China Telecom hat die Banken Morgan Stanley, Merrill Lynch und China International Capital beauftragt, bis Juni den Wert der Unternehmensteile zu ermitteln, die an den Markt gebracht werden sollen. Bis Mitte Oktober sollen die Preise festgesetzt und die Aktien platziert werden. Das Unternehmen erhofft einen Erlös von 3-5 Mrd. US\$. Auch China Netcom bemüht sich um eine Börsennotierung, sagte ein Vizeminister des Ministeriums für die Informationsindustrie. Beide Betreiber benötigen Kapital, um in die Infrastruktur zu investieren. Gerade die Netcom wird sich Zugang zu den südlichen Küstenprovinzen verschaffen müssen, wo ein guter Teil der wohlhabenderen Kundschaft zu finden ist. (FT, 17.5.02; HB, 31.5.02)

Nachdem die Entscheidung für die Umstrukturierung der alten China Telecom gefallen ist, erwarten chinesische Hersteller von Netzwerkausrüstung volle Auftragsbücher und planen zum Teil eigene Börsengänge. Der größte unter ihnen ist die Posts and Telecommunications Industrial Co. (PTIC). Das vom ehemaligen Postministerium gegründete Unternehmen, das auch unter dem Namen China Putian bekannt ist, möchte im nächsten Jahr in Hongkong und New York 2-3 Mrd. US\$ an Kapital aufnehmen. Mit

dem Börsengang hat PTIC Lehman Brothers und die China International Capital Co. beauftragt. Ihre Aufgabe wird es sein, ein Unternehmen zu ordnen, das gegenwärtig aus 7 Produktionsstandorten, 18 Töchtern, 40 Allianzen und über 60 Joint Ventures besteht; das Hauptbüro befindet sich in Beijing. Im vergangenen Jahr steigerte PTIC seinen Umsatz um 37% auf 7,7 Mrd. US\$ und erzielte einen Gewinn von 318,5 Mio. US\$. Der Unternehmenswert beträgt 2,2 Mrd. US\$. (SCMP, 21.5.02; FT, 22.5.02)

Mit einem Umsatz von 1,1 Mrd. US\$ im vergangenen Jahr ist der Telekommunikationsausrüster Zhongxing Telecom Co. bedeutend kleiner als PTIC. Dennoch ist auch hier seit 1998 ein Börsengang im Gespräch. Im vergangenen November vom Management geäußerte Pläne für eine NASDAQ-Notierung, die unter anderem Zhongxings Geschäftsbereiche CDMA und Breitband umfassen sollte, wurden jedoch auf unbestimmte Zeit verschoben. Nun gab das Unternehmen die Gründung eines Zentrums für Forschung und Entwicklung am Hauptstandort Shenzhen bekannt, und zwar in Zusammenarbeit mit Agere Systems aus den USA. Zhongxing verstärkt sein Angebot für den US-Mobilfunkstandard CDMA, auf dessen Basis China Unicom ein Netz betreibt. (XNA, 20.5.02; Chinanex.com, 22.5.02)

PLÄNE ZU HANDYSTRALUNG UND BEZAHLSYSTEM VERUNSICHERN INDUSTRIE

Ein Entwurf für neue Regeln zur Handystrahlung hat für Unruhe unter den Herstellern von Mobiltelefonen gesorgt. Die Richtwerte sollen demnach nur halb so hoch angesetzt sein, wie es international gebräuchlich ist und auch von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfohlen wird. Enorme Kosten könnten den Herstellern entstehen, wenn die Sicherheitsstandards zu geltendem Recht werden. Geräte müssten unter Umständen exklusiv für den chinesischen Markt hergestellt werden; der Export könnte gerade für chinesische Hersteller noch schwieriger werden. Auch wird bezweifelt, dass Geräte der dritten Mobilfunkgeneration auf dem niedrigeren Energieniveau funktionieren. Angeb-

Tabelle 2: Produktion von Mobiltelefonen in China

Hersteller von Mobiltelefonen	Kapazität (Mio. Einheiten/Jahr)
Siemens Shanghai*	10-14
China Kejian Co. Ltd.	6-10
Motorola (China) Electronics	7
Qingdao Haier Group	4,5
Zhongdian Telecom Technology	2
TCL Group	1,5
Shenzhen Zhongxing Telecoms	1,2-3,6
Guangzhou Nanfang Hi Tech	1,2
China Putian (Tianjin)	1,2
Datang Telecom Tech	0,96-1,2
Nanjing Putian	1
Qingdao Hi-Sense	1
Ningbo Bird Corp.	1
Shouxin (Beijing)	>1
Hangzhou Eastcom	>0,5
Shenzhen Konka Group	>0,24
China Zhenhua	0,24
Nokia Dongguang, Nokia Beijing	k.A.
Shandong Langchao	k.A.
Dilian Daxian Group	k.A.
Xiamen Overseas Electronics	k.A.

* Siemens China.

Daten: Anbang Group Infobase, zitiert nach China Online.

lich machen sich das Staatliche Umweltschutzamt und das Gesundheitsministerium für die strengen Regeln stark. (AWSJ, 27.5.02; HB, 28.5.02)

Kontrovers sind auch Pläne für eine Neuregelung der Bezahlung von Mobilfunkgesprächen. Bislang fallen bei Gesprächen über die beiden Funknetzbetreiber China Mobile und China Unicom sowohl für den Anrufenden Gebühren an als auch für die Partei, die angerufen wird. Konsumenten fordern angeblich den Wechsel zu einem System, bei dem ausschließlich der Anrufende bezahlen würde. Der Minister für die Informationsindustrie (MII) Wu Jichuan sagte, die Regierung verfolge ihre Pläne in diese Richtung weiter, sei aber noch zu keinem konkreten Ergebnis gekommen. Noch immer bestimmt das MII die Preispolitik chinesischer Netzbetreiber. Der Minister erklärte, dass es in einem reifen Markt eben der Markt sein müsse, der die Preise bestimme. Wann dies in China der Fall sein werde, verriet Wu Jichuan nicht. Im Wettbewerb um Neukunden konkurrieren China Mobile und China Unicom schon heute über Sonderaktionen und Rabatte; dies wird vom MII toleriert. (HB, 28.5.02; AWSJ, 30.5.02)

TELEKOM-KOMMISSION UNTER ZHU RONGJI SCHWÄCHT EINFLUSS DES BISHERIGEN REGULIERERS

Mitte Mai trat in Shanghai zum zweiten Mal die Telekom-Kommission unter dem Vorsitz von Ministerpräsident Zhu Rongji zusammen. Dylan Tinker von UBS Warburg erwartete, dass die unmittelbar bevorstehende Aufspaltung der China Telecom Hauptthema des Treffens sein würde.

Ende vergangenen Jahres war die State Informatization Leading Group als Unterorganisation des Staatsrats gegründet worden. Beobachter werten dies als weitere Schwächung des Ministeriums für die Informationsindustrie (MII), dass wegen seiner starren Regulierungspolitik zunehmend in die Kritik geraten war. Im Vergleich zum Fachminister Wu Jichuan wird Ministerpräsident Zhu Rongji eine eher wettbewerbsfreundliche Position nachgesagt. Daniel Brody vom US-Büro für Informationstechnologie sagte, die Umwandlung der Regierungsfunktion von Management zu Regulierung habe den Einfluss des MII stetig verringert. Für diese Beobachtung spricht ebenfalls die verstärkte Abwanderung von Führungskräften des MII. Auch ganz oben spricht vieles

für einen Wechsel: Dieses Jahr wird Minister Wu Jichuan mit 65 Jahren das Pensionsalter erreichen. Es gibt Gerüchte über eine Abschaffung des MII. Die Reform des Telekom-Regulierers ist zentraler Bestandteil des Reformplanes für den Sektor, den der Staatsrat im letzten Dezember verabschiedet hat. Der Leading Group des Staatsrats könnte in diesem Prozess die Rolle eines Schrittmachers zukommen, der als Denkfabrik und Experimentnetzwerk den Reformprozess vorantreibt. (AWSJ, 13.5.02) -bö-

24 China erschließt neue Lagerstätten für wachsenden Energiebedarf

Um den stetig wachsenden Energiebedarf zu befriedigen, erschließen chinesische Unternehmen Energievorräte im In- und Ausland. In der Provinz Innere Mongolei wurde im Mai das bisher größte Erdgasvorkommen Chinas entdeckt. Das Sulige genannte Vorkommen im Ordosbogen soll 602,5 Mrd. Kubikmeter Erdgas enthalten, meldete das Ministerium für Wissenschaft und Technologie. Jährlich könnten dort 6,5 Mrd. Kubikmeter gefördert werden, um damit die nördlichen und nordwestlichen Provinzen des Landes zu beliefern. Allein die Hauptstadt Beijing verbraucht gegenwärtig 1,4 Mrd. Kubikmeter Erdgas. Im Jahr der Olympischen Spiele 2008 soll der Verbrauch an Gas auf 6 Mrd. Kubikmeter steigen und 10% des Energiebedarfs der Hauptstadt decken – nicht zuletzt um die Luftverschmutzung durch den Verbrauch von Kohle zu verringern. Das gesamte Land verbraucht 30 Mrd. Kubikmeter an Gas jährlich, was gerade einmal 3 Prozent des Energieverbrauchs entspricht. Bis 2010 soll dieser Wert auf 8-10% bzw. 80-100 Mrd. Kubikmeter jährlich steigen. (AWSJ, 23.5., 28.5.02)

Chinesische Konzerne sichern sich auch Rechte an den Energievorkommen in Südostasien. Bereits im April ersteigerte PetroChina Co. die Rechte an indonesischen Öl- und Gasfeldern von Devon Energy Co. für 262 Mio. US\$. Im Januar hatte CNOOC für 585 Mio. US\$ das Indonesien-Geschäft der spanischen Repsol-YPF SA. erworben. Zusammen kontrollieren bei-

de chinesische Unternehmen nun 12% der indonesischen Erdölförderung.

BIETERWETTSTREIT UM DEN FLÜSSIGGASTERMINAL IN GUANGDONG
Indonesien ist ein idealer Partner für China, denn das Land sucht neue Absatzmärkte für die eigenen Energieresourcen. So gibt es etwa in Tangguh in der Provinz Papua eines der größten noch nicht erschlossenen Erdgasvorkommen der Welt, mit dessen Vorräten Indonesien den ersten chinesischen Flüssiggasterminal in Guangdong zu beliefern hofft. Ende Mai sorgte ein Bericht in indonesischen Medien für Aufmerksamkeit, nach dem das Land den Auftrag für die Belieferung des Terminals bereits verloren habe.

An dem Terminalprojekt in Guangdong ist auch der Konzern Shell interessiert. Er möchte 300 metrische Tonnen australisches Erdgas nach Guangdong liefern. An dem Terminalprojekt ist der Konzern British Petroleum (BP) mit 30% beteiligt. Neben Australien und Indonesien macht sich auch Katar Hoffnungen auf den Zuschlag für die Lieferung des Flüssiggases, angeblich mit Unterstützung der US-amerikanischen Regierung. Die Gasförderung im Emirat liegt in den Händen des US-Konzerns Exxon/Mobil. (AWSJ, 1.5.02; BBC PF, 24.5.02)

Als zweites Großprojekt neben der Belieferung des Guangdonger Hafens plant die Shell eine 3.000 Kilometer lange Rohrleitung von der Westprovinz Xinjiang bis nach Shanghai. Ab 2005 soll das 5,6 Mrd. US\$ teure Projekt Gas aus dem Tarim-Becken ins Jangtse-Delta liefern. Noch in der ersten Hälfte dieses Jahres will die PetroChina, die das Projekt leitet, mit dem Bau beginnen.

Außerdem wurden Pläne eines chinesischen Privatunternehmers bekannt, Gas aus Xinjiang per Lastwagen in die Küstenprovinz Jiangsu zu liefern. (AWSJ, 28.5.02; SCMP, 4.5.02) Ein Sprecher von BP gab bekannt, dass der Konzern sein Engagement in China weiter ausbauen und jährlich 300 bis 500 Mio. US\$ investieren werde – zusätzlich zu den bereits getätigten Investitionen von 4 Mrd. US\$. Die Aktivitäten von BP in China umfassen die Öl- und Gasförderung im südchi-

nischen Meer sowie petrochemische Projekte. (SCMP, 16.5.02)

Trotz der Zunahme des Verbrauchs von Erdöl und Erdgas deckt China nach wie vor 70% seines Stromverbrauchs mit Kohle. Dieses größte Marktsegment ist heute fast vollständig in einheimischer Hand. Insbesondere beim Bau von Kohlekraftwerken haben chinesische Anbieter zu westlichen Unternehmen aufgeschlossen. Dadurch ist die Volksrepublik in der Lage, einem Staat wie Pakistan bei der Verwertung seiner bisher weitgehend ungenutzten Kohlevorkommen zu helfen. Die Chenhua Gruppe soll zwei 300 Megawatt-Kohlekraftwerke in Pakistan bauen. (AWSJ, 2.5.02; FT, 10.6.02) -bö-

25 Kritik an mangelnden Erfolgen bei der Reform von börsennotierten Staatsunternehmen

In den ersten vier Monaten des Jahres sind die Gewinne der Staatsunternehmen um 20% auf 55,4 Mrd. Yuan gefallen. Im Zuge der wirtschaftlichen Öffnung nach dem WTO-Beitritt geht die Umstrukturierung weiter, und bringt Entlassungen sowie Unternehmensschließungen mit sich. (ST, 25.5.02)

Um die staatseigenen Betriebe international konkurrenzfähig zu machen, muss vor allem die Unternehmensführung verbessert werden. Hier habe es in den letzten Jahren jedoch auch bei börsennotierten Staatsunternehmen kaum Fortschritte gegeben, sagte der Ökonom Wu Jinglian. Um hier Erfolge zu erzielen müsse zunächst der Staatsanteil am Aktienbesitz zurückgehen. Auch ein neuer Bericht der Weltbank drängt die Regierung, ihre Anteile an den Staatsunternehmen zu reduzieren.

Die Vizevorsitzende der Kommission für Wirtschaft und Handel des Staatsrats Jiang Qiangui nannte auf der Jahrestagung der Asiatischen Entwicklungsbank in Shanghai sechs Hauptprobleme von börsennotierten Staatsunternehmen:

- Die Rechte von Kleinaktionären würden durch Großaktionäre missachtet;

- durch die dominierende Position der Großaktionäre seien diese bislang nicht zu kontrollieren;
- falsche Unternehmensinformationen seien veröffentlicht worden; und
- in den Unternehmensleitungen gebe es zu wenig gut ausgebildete Profis;
- es fehle häufig an einem wettbewerbsorientierten Mechanismus zur Rekrutierung von Führungspersonal, und
- einige staatseigene Betriebe vermieden Reformen und litten weiter unter einer zu großen Personaldecke und hohen Pensionszahlungen. (XNA, 9.5.02; BBC PF, 14.5.02)

Die Vizevorsitzende wies darauf hin, dass im Mittelpunkt der Umstrukturierung von staatseigenen Betrieben dieses Jahr die Metall- und die Rüstungsindustrie stünde. Im vergangenen Jahr war die Textilindustrie im Fokus der Reformbestrebungen gewesen. Große Bedeutung komme auch der Verbesserung der sozialen Sicherungssysteme und der Weiterbildung entlassener Arbeiter zu. (XNA, 10.5.02)

Viele der von Jiang Qiangui angesprochenen Probleme decken sich mit der jüngsten Kritik des Ökonomen Wu Jinglian, dass es in den vergangenen Jahren kaum Fortschritte bei der Qualität der Unternehmensführung gegeben habe. Noch direkter als Jiang bezeichnete Wu den Mehrheitsanteil des Staates am Aktienbesitz der börsennotierten Unternehmen als Haupthindernis für Verbesserungen. Als Weg zur Lösung dieses Problems empfiehlt der Wissenschaftler, die Staatsanteile zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme zu verwenden. (BBC PF, 14.5.02)

Ein Bericht der Weltbank fordert die Regierung zum Abbau des mit durchschnittlich 70% weiterhin sehr hohen Staatsbesitzes an den großen börsennotierten Unternehmen auf. Wie auch Wu Jinglian kritisiert die Weltbank, dass Reformen der Unternehmensführung unter den bestehenden Umständen nur wenig effektiv sein könnten. (Biz.org, 26.5.02)

Vize-Finanzminister Jin Liquan kündigte unterdessen an, dass die Regierung nicht länger bereit sei, die staats-eigenen Betriebe vor jeder Konkurrenz zu schützen. Ob sie untergingen oder überlebten, hinge von ihrem Management ab, sagte Jin. Dagegen schlug der Vizedirektor des Instituts für Entwicklungsforschung des Staatsrats, Xie Fushan, versöhnlichere Töne an. China müsse die heimischen Betriebe schützen, so weit es die WTO-Regeln erlaubten. (SCMP, 16.5.02) -bö-

26 Neue Regeln für Erstemissionen lösen Kursanstieg aus

Mit neuen Vorschriften möchte die China Securities Regulatory Commission (CSRC) die Stabilität der Aktienmärkte erhöhen. Die Genehmigung eines Börsengangs oder einer Kapitalerhöhung wird künftig enger an das Erreichen von Gewinnzielen gebunden. Außerdem sollen bei der Zuteilung von Aktien künftig diejenigen bevorzugt behandelt werden, die bereits Wertpapiere besitzen.

Die neuen Vorschriften zu den Gewinnen greifen dann, wenn ein Unternehmen bereits die Zulassung für einen Börsengang hat, ohne diesen sofort zu realisieren. Falls die Nettogewinne geringer ausfallen als im Vorjahr, kann die CSRC in Zukunft erneut prüfen, ob das betreffende Unternehmen für einen Börsengang geeignet ist. Kapitalerhöhungen kann sie bei bekannt werden von Verstößen gegen die Informationspflicht untersagen – auch dann noch, wenn bereits eine erste Genehmigung vorliegt. (AWSJ, 15.5.02)

Nachdem erste Versuche im Jahr 2000 gescheitert waren, führt die Wertpapieraufsicht nun Vorschriften zur Zuteilung von Aktien ein, die bereits am Markt engagierte Anleger bevorzugen. Zwischen 50 und 100% der Papiere sollen bei einem Börsengang für diejenigen reserviert werden, die bereits Aktien besitzen. Der genaue Anteil wird noch festgelegt und könnte bei 80% liegen. Nach den neuen Regeln könnten Anleger pro 10.000 Yuan Aktienbesitz je 1.000 zu emittierende Papiere zeichnen. Mit dieser Maßnahme soll die Spekulation begrenzt werden. Börsengänge in China bringen gewöhnlich sehr hohe Zeichnungsgewinne; daher

verkaufen Anleger gewöhnlich Teile ihres Portfolios, um sich an einer Erstmission zu beteiligen. Ein solches Verhalten wird durch die Vorschriften erschwert.

Kurzfristig sorgten die neuen Regeln für Belebung an den Börsen. Es wird jedoch bezweifelt, dass langfristige Risiken für die Märkte hiervon beeinflusst werden. Der in Zukunft erwartete Verkauf von Staatsanteilen an notierten Unternehmen wird allgemein als größte Belastung für die Kurse gesehen. (SCMP, 22.5.02) -bö-

27 Kampagne für Arbeitsschutz nach Häufung von Unfällen mit Todesfolge

Einen Tag nach dem Absturz einer chinesischen Passagiermaschine ins Meer bei der Stadt Dalian betonte Ministerpräsident Zhu Rongji die Bedeutung von Verkehrssicherheit und Arbeitssicherheit. Er rief zu einer landesweiten Überprüfung der Produktionsbedingungen auf. (XNA, 8.5.02; JJRB, 9.5.02) Die Leitung der Kampagne übernimmt die Staatliche Kommission für Wirtschaft und Handel des Staatsrats. Mitte April hatte es einen weiteren Flugzeugabsturz gegeben. Ebenso gab es Berichte über eine Unfallserie im Kohlebergbau. Zudem häuften sich in der Presse Berichte über schlechte Arbeitsbedingungen in der Industrie, die nicht selten zum Tod von Arbeitern aufgrund von Erschöpfung geführt hatten.

In chinesischen Kohlebergwerken hatte es allein im Monat April 125 Unfälle mit jeweils weniger als zehn Todesfällen gegeben, bei denen insgesamt 329 Menschen zu Tode gekommen sind. Bei sieben als besonders schwer eingestuften Unfällen kamen 114 Menschen zu Tode. Die erhöhte Zahl der Unfälle wurde vom Leiter der Staatsbehörde für die Sicherheit im Kohlebergbau Zhang Baoming auf eine Ausweitung der Produktion angesichts der verbesserten Marktlage zurückgeführt; nun müssten die Arbeitsbedingungen gerade in kleinen Gruben verbessert oder diese geschlossen werden. (XNA, 29.4.02; BBC PF, 3.5.02)

Nach offiziellen Angaben sind in den vergangenen zwei Jahren 58.000 solcher kleiner Kohlebergwerke geschlossen worden, das sind 73% der Minen

dieses Typs. In der Vergangenheit hatte jedoch gerade die verringerte Zahl von Bergwerken zu einem Anstieg der Preise geführt, was wiederum die Anreize zur illegalen Förderung erhöhte. Ein schwerer Unfall in Yuncheng in der Provinz Shanxi, bei dem 20 Bergarbeiter ihr Leben verloren, eignete sich in einer nicht lizenzierten Kohlenmine. Erst acht Tage nach dem Unglück war der für die Überwachung zuständigen staatlichen Stelle von dem Vorfall berichtet worden. (XNA, 21.5.02)

Der Staatsrat verabschiedete Ende Mai neue Vorschriften zum Schutz vor Gefahrenmaterial am Arbeitsplatz. Millionen von Arbeitern hätten täglich mit giftigen Substanzen zu tun. Die neuen Vorschriften sollen die Arbeitgeber zu verbesserten Schutzmaßnahmen zwingen, und die Rechte der Arbeitnehmer verbessern. (XNA 21.5.02) Künftig sollen Arbeiter und Angestellte um Entschädigung klagen können, falls sie durch den Umgang mit Giftstoffen am Arbeitsplatz erkranken. Im vergangenen Jahr hat das Gesundheitsministerium über 13.000 Berichte über solche arbeitsbedingten Erkrankungen erhalten, das sind 13% mehr als im Jahr 2000. Die meisten dieser Fälle ereigneten sich in kleinen und mittleren Privatunternehmen. (Biz.org, 20.5.02)

Zunehmend findet sich in der chinesischen Presse Kritik an den Arbeitsbedingungen in den Küstenprovinzen. Berichtet wurde ebenfalls von Todesfällen durch arbeitsbedingte Erschöpfung (*guolaobing*). Vorschriften zum Arbeitsschutz werden nicht zuletzt wegen der mangelnden Überprüfung durch staatliche Stellen regelmäßig missachtet. Kaum eingehalten wird etwa die Begrenzung auf 36 Überstunden pro Monat und Arbeiter oder das Verbot willkürlicher Lohnabzüge.

Viele Beispiele hierfür gibt es in der Leichtindustrie im Perlflossdelta der Provinz Guangdong. Schichten von 16 Stunden sowie schlechte Unterbringung, Bezahlung und Verpflegung der Arbeiter werden beklagt. Lokalregierungen sind daran interessiert, Unternehmen zu Investitionen in ihrer Region zu bewegen. Die Nähe zu den Interessen der Eigentümern der Fabriken verhindert jedoch eine effektive Kon-

trolle der Arbeitsbedingungen. (IHT, 14.5.02)

Angesichts dieser Interessenkollusion ist fraglich, ob eine Kampagne des Staatsrats für spürbare Verbesserung sorgen kann. Von strukturellen Veränderungen bei der Kontrolle der Arbeitsbedingungen war zudem nicht die Rede. Ein Indikator für die Wirkungslosigkeit von Kampagnen ist der Kohlebergbau. Hier hatte es bereits im vergangenen Jahr ähnliche Bemühungen gegeben, offensichtlich ohne großen Erfolg. (BBC, 29.4.02) Auch Rechte für Arbeitnehmer, wie sie nun im Zusammenhang mit giftigen Substanzen am Arbeitsplatz eingeführt worden sind, müssen überwacht und eingeklagt werden. In anderen Bereichen wie bei der Höchstgrenze für Überstunden, wo es schon länger gesetzliche Regelungen gibt, geschieht dies häufig nicht. -bö-

SVR Hongkong

28 *Executive Council* beschließt Gehaltskürzungen im *Civil Service*

Nach mehrwöchigen Vorankündigungen hat der *Executive Council* beschlossen, die Gehälter der Bediensteten im *Civil Service* ab Oktober dieses Jahres um bis zu 4,42% zu kürzen. Die Mitglieder des *Executive Council*, des Beratergremiums des Regierungschefs, fassten den Beschluss Mitte Mai entgegen von Protesten verschiedener Gewerkschaftsgruppen, die sich allerdings nicht auf ein einheitliches Vorgehen einigen konnten.

Die Kürzungen sind nach Tarifgruppen gestaffelt. So sollen die Gehälter in den obersten drei Tarifgruppen um 4,42%, in den mittleren Tarifgruppen um 1,64% und in den unteren Tarifgruppen um 1,58% reduziert werden. Diese Prozentsätze orientieren sich als Vergleichsmaßstab an Umfrageergebnissen über Einkommensrückgänge im privaten Sektor infolge der anhaltend schlechten konjunkturellen Lage in Hongkong. Allerdings hatten die jüngsten Umfragen ergeben, dass die Einkommenseinbu-

ßen im privaten Sektor tatsächlich weniger dramatisch ausgefallen sind als ursprünglich von offizieller Seite erwartet. Entsprechend musste eine im März von der Regierung anvisierte Gehaltskürzung um 4,75% für den gesamten *Civil Service* nach unten korrigiert werden. Die Spareffekte der nun beschlossenen Kürzungen von 1,58% bis 4,42% für den Fiskus blieben so mit 3,1 Milliarden HKD (385 Mio. USD) deutlich hinter den ursprünglich angestrebten Einsparungen von über 6 Milliarden HKD zurück. Der *Financial Secretary* Antony Leung kündigte daraufhin an, dass die Regierung nun weitere Möglichkeiten prüfen müsse, im öffentlichen Sektor Einsparungen zu erzielen, um das Ziel eines ausgeglichenen Budgets im Haushaltsjahr 2006/7 erreichen zu können. Erwogen würden Einstellungsstopps, Regelungen für vorzeitigen Ruhestand und neue Kampagnen zur Effizienzsteigerung im öffentlichen Dienst. Im zurückliegenden Haushaltsjahr 2001/2 verzeichnete Hongkong ein Fiskaldefizit von 63,3 Milliarden HKD.

Während sich große Teile der Bediensteten im öffentlichen Dienst vorerst mit den Gehaltskürzungen abgefunden zu haben scheinen, ist eine kontroverse juristische Debatte darüber entstanden, ob zur formalen Durchsetzung der Gehaltskürzungen der Weg der Gesetzgebung beschritten werden solle oder nicht. Die Regierung präferiert ein solches Vorgehen, das konkret die Verabschiedung einer entsprechenden Verordnung („Ordinance“) durch die Legislativversammlung voraussetzen würde. Ein entsprechender Antrag solle dieser möglichst bald vorgelegt werden. Demgegenüber argumentieren die Demokratische Partei und mehrere Gewerkschaftsorganisationen, dass eine derartige Verordnung gegen das *Basic Law*, das Grundgesetz der Sonderverwaltungsregion Hongkong, verstoßen würde. So schreibt Artikel 100 vor: „Public servants [...] shall retain their seniority with pay, allowances, benefits and conditions of service no less favourable than before“; Artikel 103 sieht ferner vor, dass das frühere Beschäftigungssystem des *Civil Service* vor 1997 unverändert aufrechterhalten werden solle, „including special bodies for their appointment, pay and conditions of service“ (*Basic Law*, English version).

Angesichts der allgemeinen Zustimmung, auf die die Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst unter der breiten Bevölkerung Hongkongs offenbar stoßen, scheint es allerdings keineswegs ausgeschlossen, dass sich in der Legislativversammlung die nötige Mehrheit finden wird, um trotz der juristischen Bedenken eine entsprechende gesetzliche Regelung auf den Weg zu bringen. Bezeichnend ist hier das Verhalten der zunehmend einflussreichen politischen Partei *Democratic Alliance for the Betterment of Hong Kong* (DAB), die sich zunächst gegen ein legislatives Verfahren ausgesprochen hatte. Ende Mai aber schwenkten Sprecher der Partei auf eine Kompromissposition um, wonach sich die DAB einer gesetzlichen Regelung dann nicht widersetzen wolle, wenn die Regierung darlege, dass es sich dabei tatsächlich um den einzig gangbaren Weg handle.

Die bevorstehenden Gehaltskürzungen dürften die sinkende Moral und den Unmut im *Civil Service* noch verstärken, wie sie sich in den vergangenen Jahren dort nach und nach breit gemacht haben. Zu den empfindlichen finanziellen Abstrichen gesellen sich die wachsende Sorge um eine zunehmende Erosion der politischen Unabhängigkeit des *Civil Service*, wie sie mit der Einführung eines Ministerialsystems ab Juli dieses Jahres einhergehen könnte. Den verschiedenen Fachressorts der Verwaltung werden dann politische Beamte vorgesetzt werden, die in erster Linie dem Regierungschef rechenschaftspflichtig sein werden. Entsprechend befürchtet man, dass der *Civil Service* zum bloßen auf Loyalität verpflichteten Ausführungsorgan degradiert wird (vgl. C.a., 2002/4, Ü 37). (SCMP, 8., 16., 17., 21., 22., 29., 31.5.02; ST, 23.5.02; RTHK Radio 3, 22., 28., 30.5.02, nach BBC PF, 23., 29., 31.5.02) -hol-

SVR Macau

29 Telekommunikation auf dem Vormarsch

Am 17. Mai, dem Welt-Telekommunikations-Tag, organisierten die drei